

# ***Vorläufige Ergebnisse der Kosten-Nutzen- Analysen zum NEP Gas***

28. Februar 2013

---

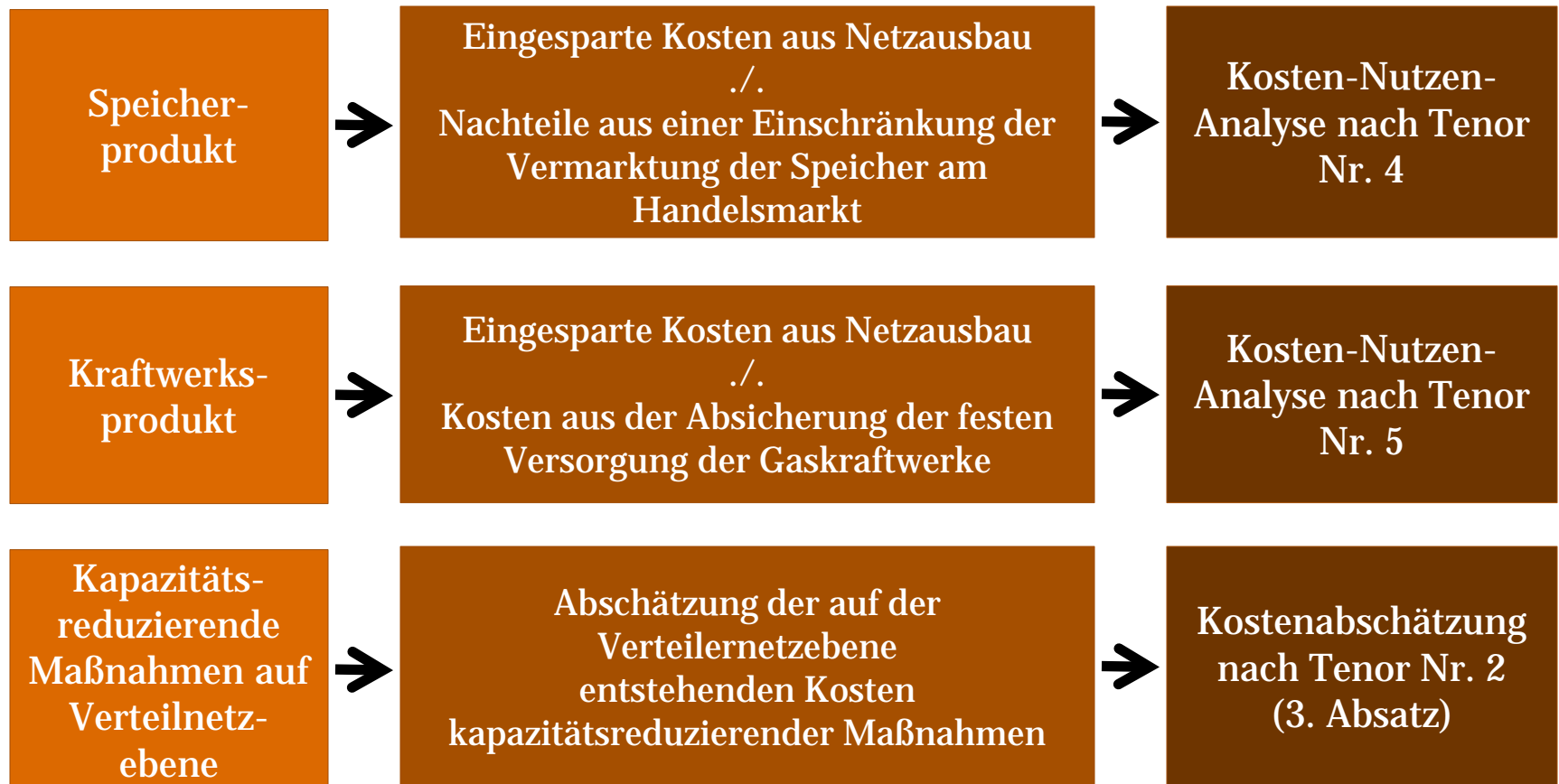
# ***Release-Letter***

Unsere Gesamtverantwortung dem Auftraggeber, Ihnen sowie jeder weiteren dritten Partei, die die Ergebnisse mit unserer Zustimmung erhält, gegenüber ist insgesamt auf den Betrag beschränkt, der sich aus den anliegenden Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002 ergibt.

# *Einleitung*

# *1*

# ***PwC erbringt zwei Kosten-Nutzen-Analysen und eine Kostenabschätzung für den NEP Gas 2013***



# ***Kosten-Nutzen-Analyse gemäß Tenor 4 (TaK an Speichern)***

# 2

## ***Volkswirtschaftlicher Nutzen wird durch eingesparte Kosten und entgangenen Nutzen bestimmt***

- „Es ist eine **Kosten-Nutzenanalyse** vorzulegen, die einen Vergleich anstellt zwischen **den eingesparten Kosten für den Netzausbau** einerseits und andererseits den **Nachteilen bzw. Kosten, die aus einer Einschränkung der Vermarktung der Speicher am Handelsmarkt** entstehen können.“ (BNetzA - Az. 8615-NEP Gas 2013 - Bestätigung Szenariorahmen)



Eingesparte Netzausbaukosten durch Einführung des TAK Produktes bei Neubau- und Erweiterungsprojekten (§ 38, 39 GasNZV)

Ermittlung durch FNBs

Kosten Delta  
FZK - TAK  
2018/2023

**Volkswirtschaftlicher Nutzen**

Entgangener Nutzen bei Einführung des TaK-Produktes (Nachteil wird von Speichernutzern an Marktteilnehmer weitergereicht)

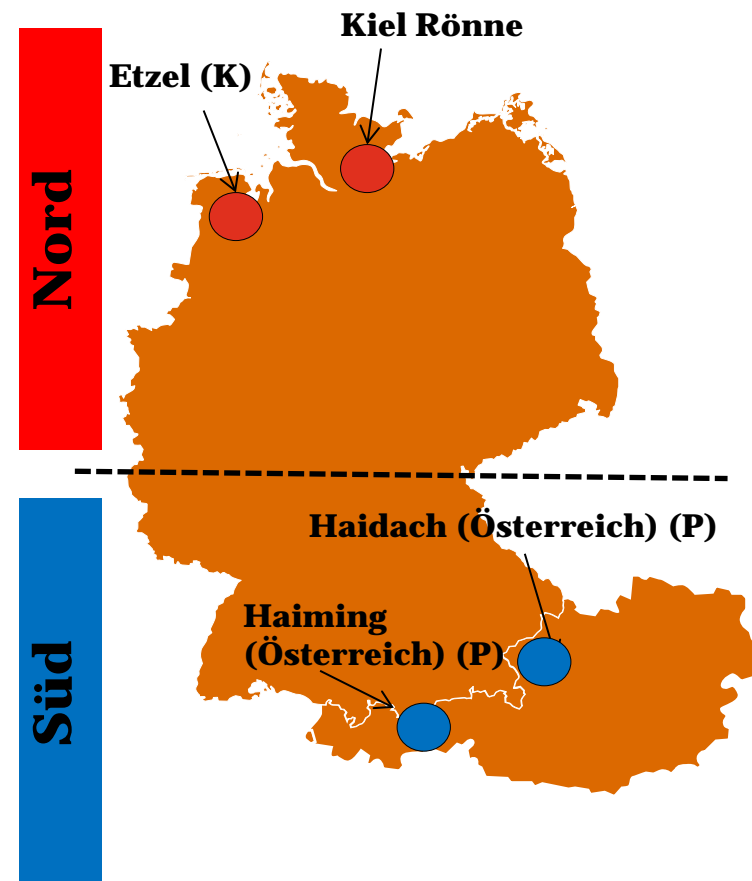
Ermittlung durch PwC

Entgangener Nutzen  
2018/2023

## ***Vier Speicher liegen gemäß § 38, 39 GasNZV der Analyse zu Grunde***

Speicher	FNB	Marktgebiet
Kiel Rönne	Gasunie	GPL
Etzel	OGE	NCG
Haiming 2 7F	OGE	NCG
Haidach, Stufe II	OGE	NCG

- CGS Epe und Peckensen wurden im Szenario II kostenseitig nicht berücksichtigt
- Empelde keine Netzausbauten geplant



## ***Unterbrechbare Kapazität und Gegengeschäfte als wesentliche Bestandteile des Modells***

- Die Analyse basiert im wesentlichen auf
  - den Rahmenparametern des Szenariorahmens 2013 und den Energieszenarien 2011,
  - historischen Daten und
  - Simulationen .
- Diskussion des grundlegenden Modells mit Vertretern von Speicherbetreibern /-nutzern sowie Fernleitungsnetzbetreiber im Rahmen des Speicherworkshops am 16.01.2013

Entgangener Nutzen  
bei Einführung des  
TaK-Produktes

=

Unterbrochene  
Ausspeicher-  
/Einspeicherleistung

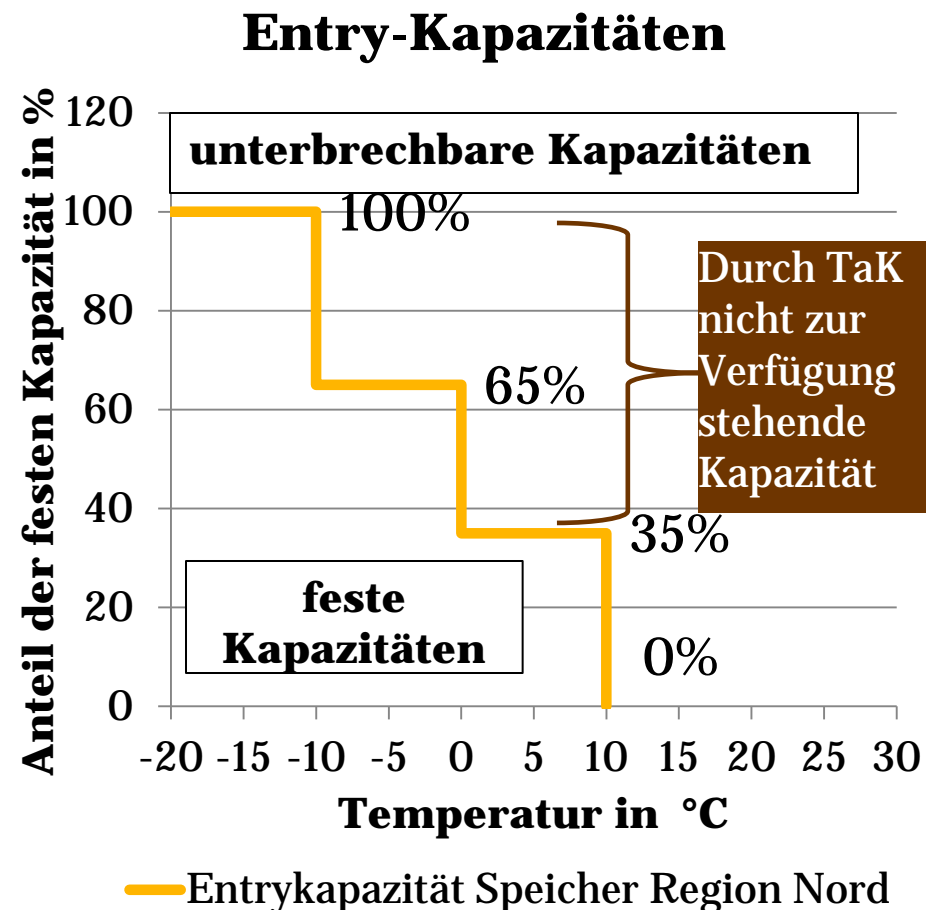
**x**

Preisszenarien des  
Gegengeschäfts



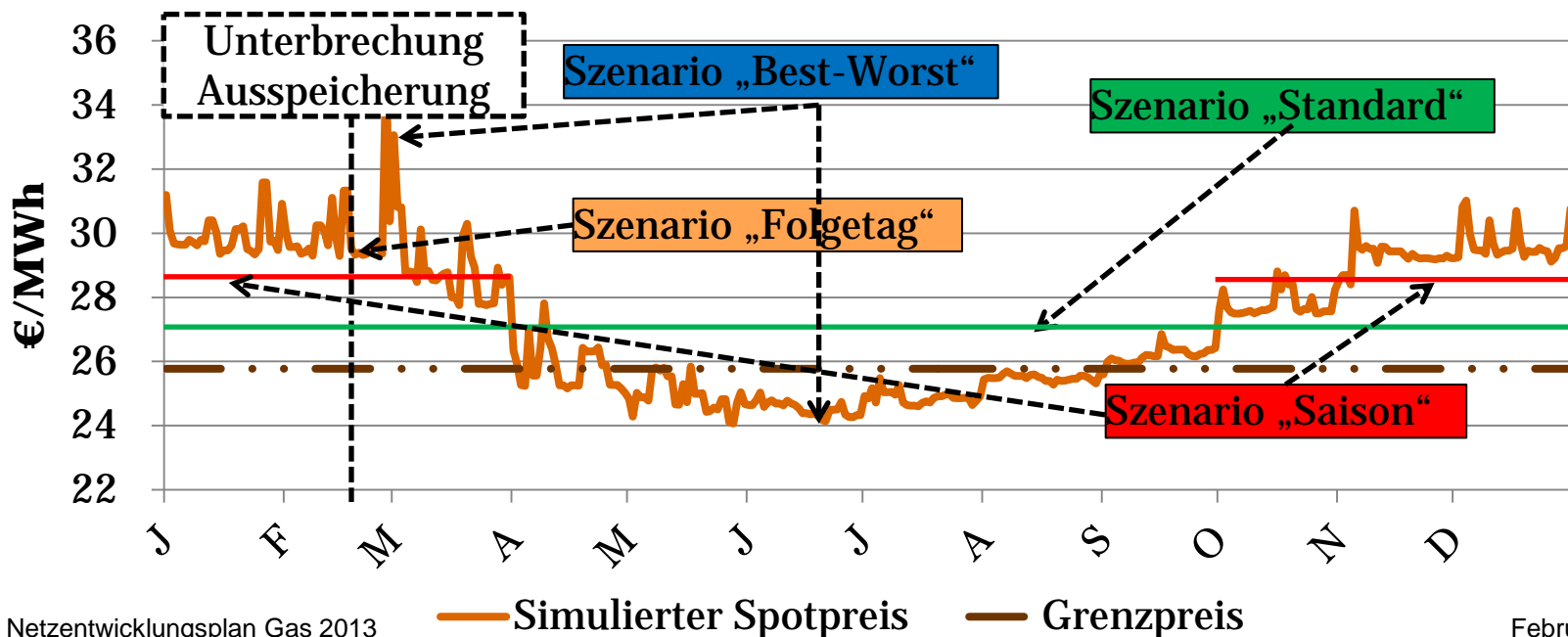
## ***Speichernutzer können bei einer Unterbrechung Geschäft nicht realisieren***

- Der Unterschied zwischen der unterbrechungsfreien Nutzung und der Nutzung des Speichers mit dem TaK-Produkt wird als entgangener Nutzen des Speichers bewertet.
- Die Entry/Exit- Kapazitäten bezogen auf Nord und Süd wurden separat betrachtet.
- Das Arbeitsgasvolumen und die Speicherkennlinien wurden indirekt berücksichtigt.

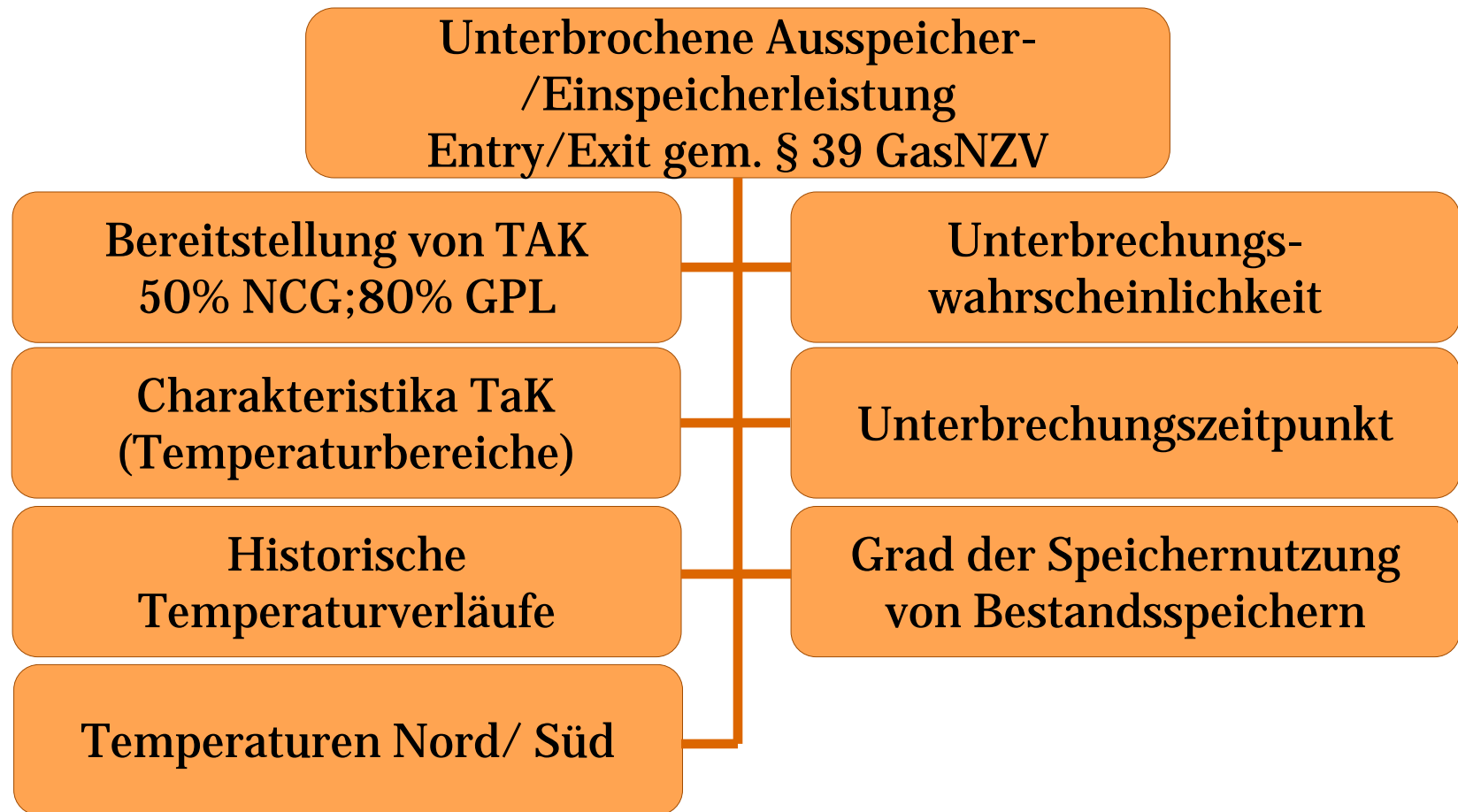


## ***Bewertungsansätze berücksichtigen die Bandbreite der Optionen***

- Am Tag der Unterbrechung muss das geplante Speichergeschäft am Spotmarkt kompensiert werden.
- Zudem ist ein Gegengeschäft zu einem späterem Zeitpunkt zu realisieren.



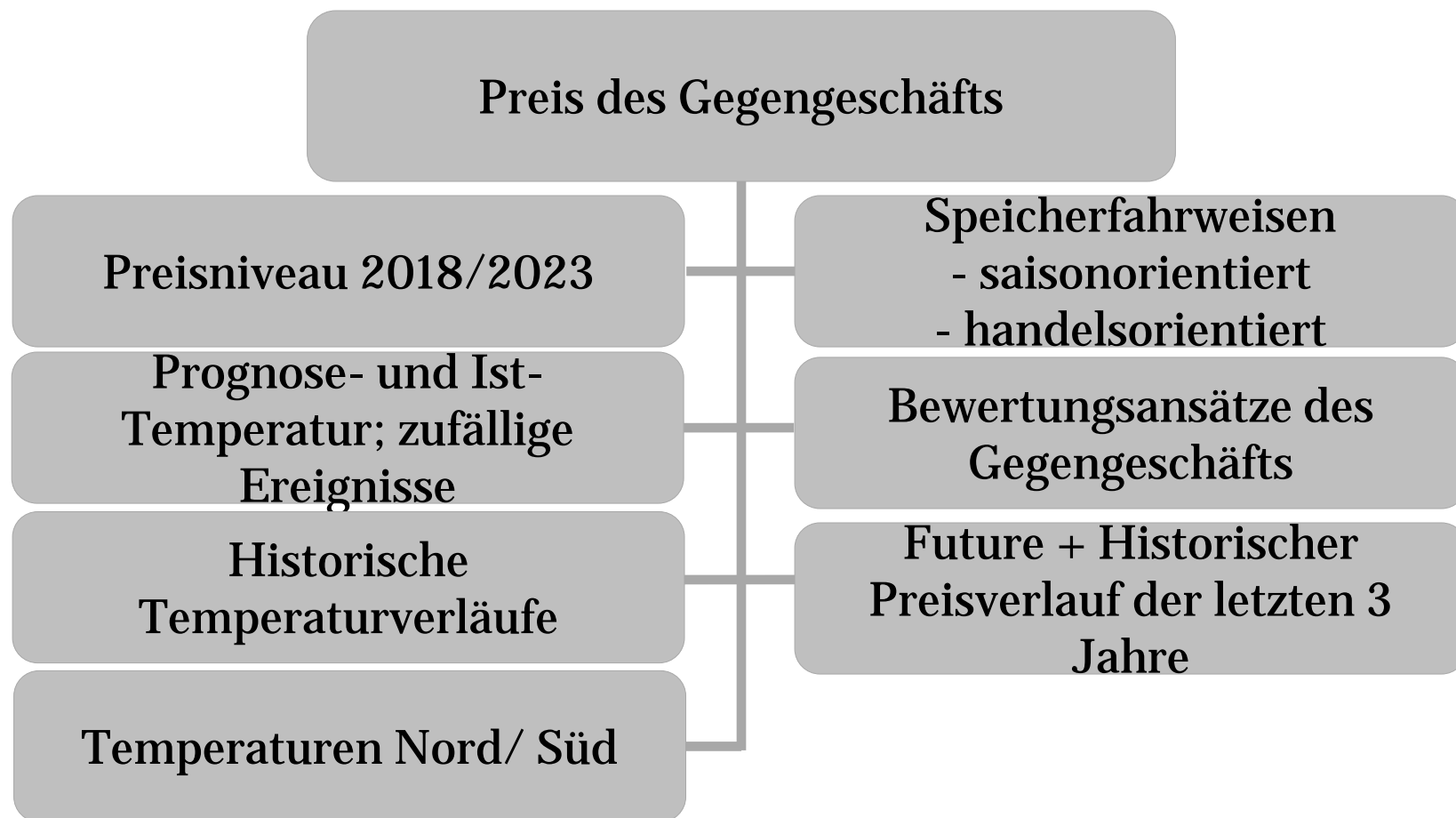
## ***Welche Einflussfaktoren wirken auf die unterbrochene Aus- und Einspeicherleistung ein?***



## ***Ergebnisse der Simulationen der Einflussfaktoren*** **Kapazität**

- Es wurden die Speicherallokationen der vergangenen 3 Jahre von 25 Bestandsspeichern betrachtet.
- Der Grad der Speichernutzung liegt je nach Unterbrechungswahrscheinlichkeit und Speichertyp bei 48-71% der maximal technischen Kapazität.
- Kavernenspeicher hatten in der Vergangenheit einen geringeren Nutzungsgrad als Porenspeicher.
- Anhand der historischen Temperaturverläufe wurden ein Warm-, ein Kalt- und ein Normaljahr definiert.
- In Anlehnung an das Konsultationsdokument zum NEP 2013 (Kapitel 4.6) der Fernleitungsnetzbetreiber wurde 1%, 3% und 5% als Unterbrechungswahrscheinlichkeit angenommen.

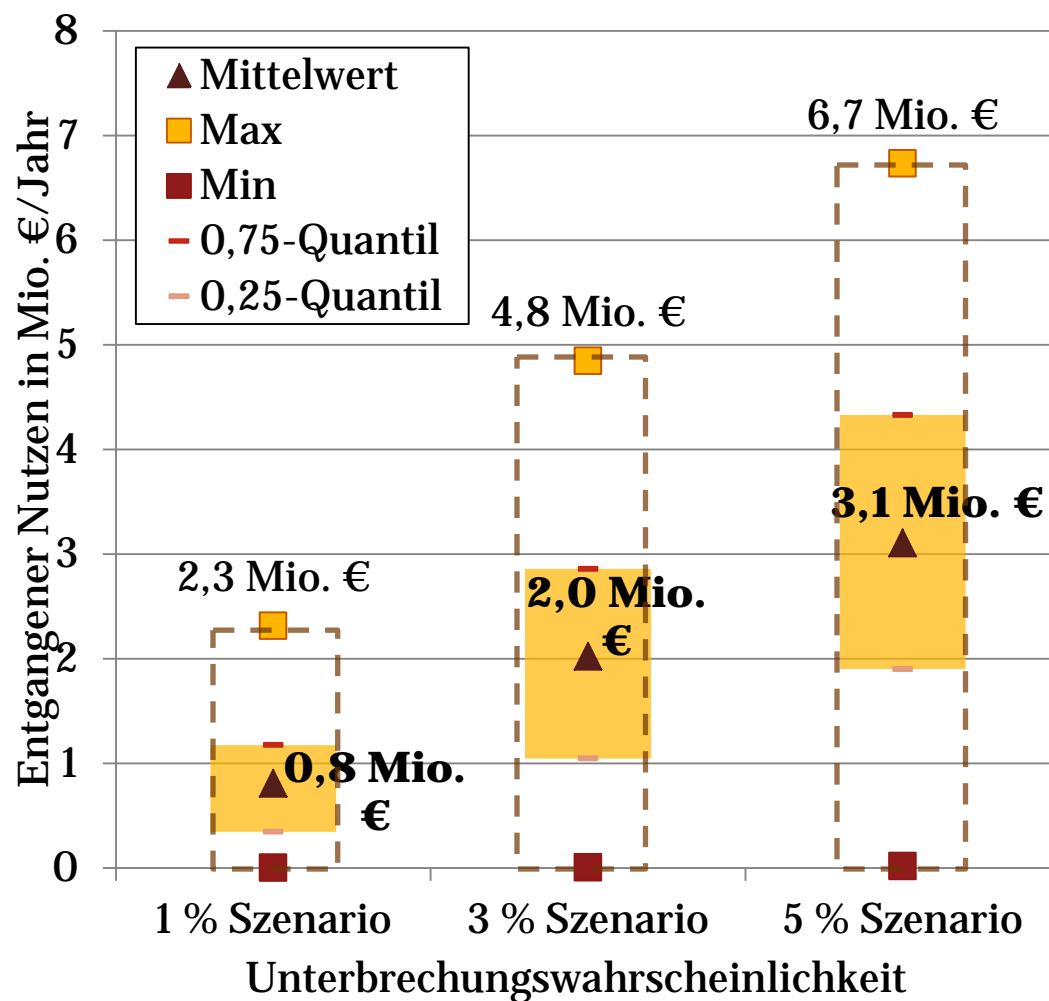
## ***Welche Einflussfaktoren wirken auf das Gegengeschäft ein?***



## ***Ergebnisse der Simulationen der Einflussfaktoren Gegengeschäft***

- Der durchschnittliche Erdgaspreis des Jahres 2018 beträgt 2,7 Ct/kWh. Im Jahr 2023 werden 3 Ct/kWh angenommen (Quelle: Energieszenarien 2011).
- Der Sommer-Winter-Spread beträgt ca. 4 €/MWh.
- Für 2018 und 2023 wurden aufgrund der kurzfristigen Temperatureinflüsse jeweils 3 Spotmarktpreisverläufe berücksichtigt.
- Anhand der Regression der Aus- und Einspeicherleistungen der vergangenen 3 Jahre wird angenommen, dass Speicher in der Vergangenheit zu ca. 70% saison- und ca. 30% handelsorientiert bewirtschaftet wurden.
- Die Nutzung des Speichers am Regelenenergiemarkt wurde nicht durchgeführt.
- Das Szenario „Best-Worst“ zur Bewertung des Gegengeschäfts erzeugt den höchsten entgangenen Nutzen. Das Szenario „Folgetag“ führt zu den niedrigsten entgangenen Nutzen.

## Vorläufige Ergebnisse für das Jahr 2018



### Der spezifische entgangene Nutzen beträgt im Mittel\*:

- 1 % Szenario: 0,06 Mio. €/GW
- 3% Szenario: 0,16 Mio. €/GW
- 5% Szenario: 0,24 Mio. €/GW

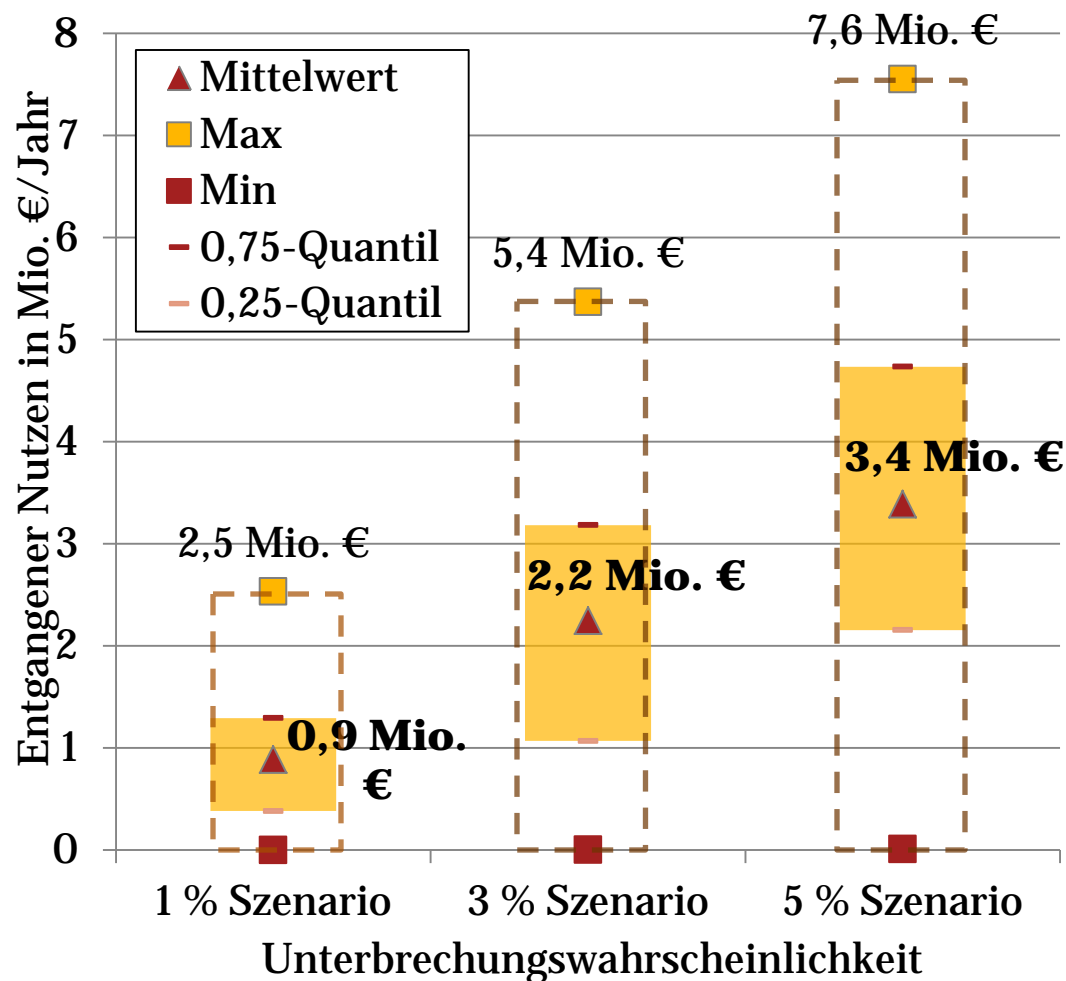
### Kostenermittlung durch die FNBs\*:

Die zusätzlichen Ausbaurkosten betragen:

- 94,7 Mio. €/Jahr bzw.
- 7,4 Mio. €/GW

\*Entry + Exit TAK= 12,87 GW TaK

## Vorläufige Ergebnisse für das Jahr 2023



### Der spezifische entgangene Nutzen beträgt im Mittel\*:

- 1 % Szenario: 0,07 Mio. €/GW
- 3% Szenario: 0,17 Mio. €/GW
- 5% Szenario: 0,26 Mio. €/GW

### Kostenermittlung durch die FNBs\*:

Die zusätzlichen Ausbaukosten betragen:

- 94,7 Mio. €/Jahr bzw.
- 7,4 Mio. €/GW

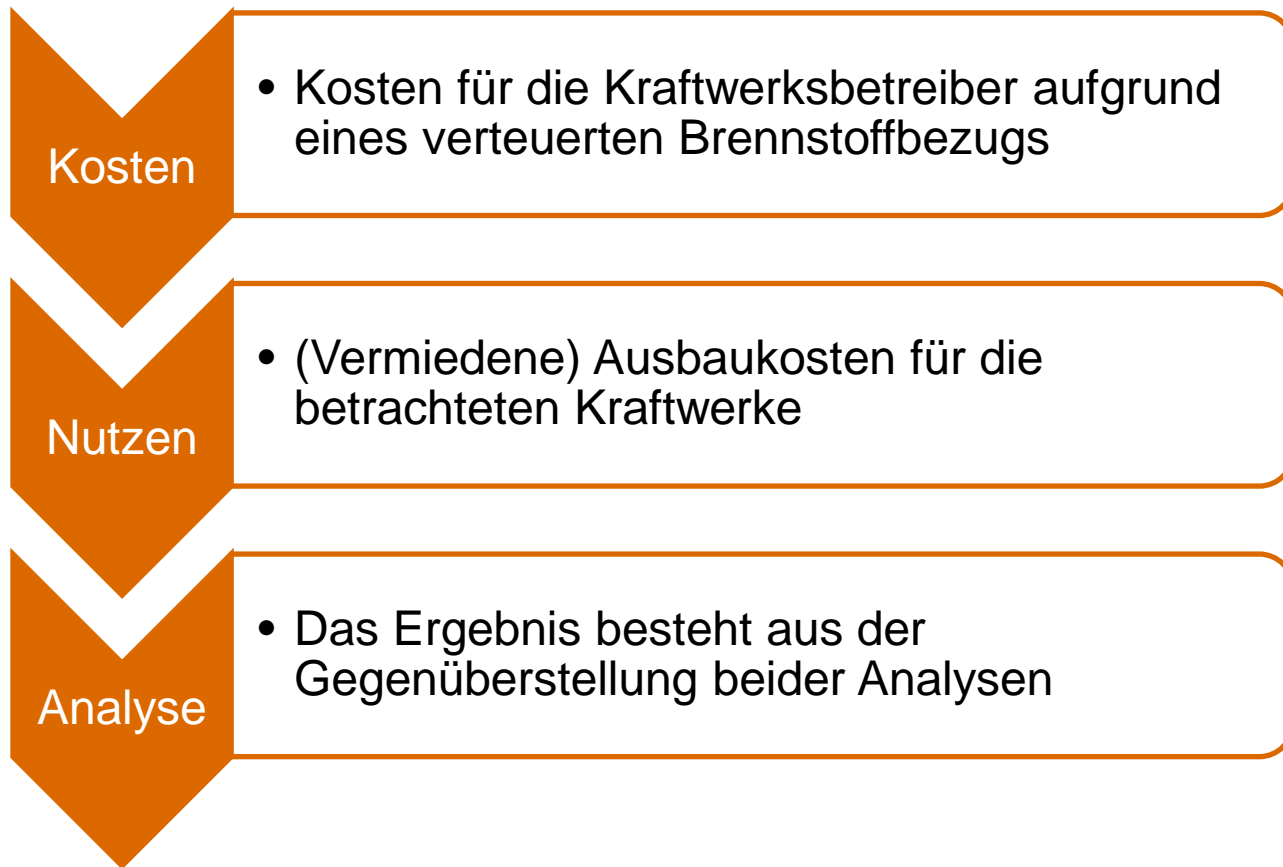
\*Entry + Exit TAK= 12,87 GW TaK



# ***Kosten-Nutzen-Analyse gemäß Tenor 5 (Kraftwerksprodukt)***

3

## ***Was wird im Rahmen der Kosten-Nutzen-Analyse betrachtet?***



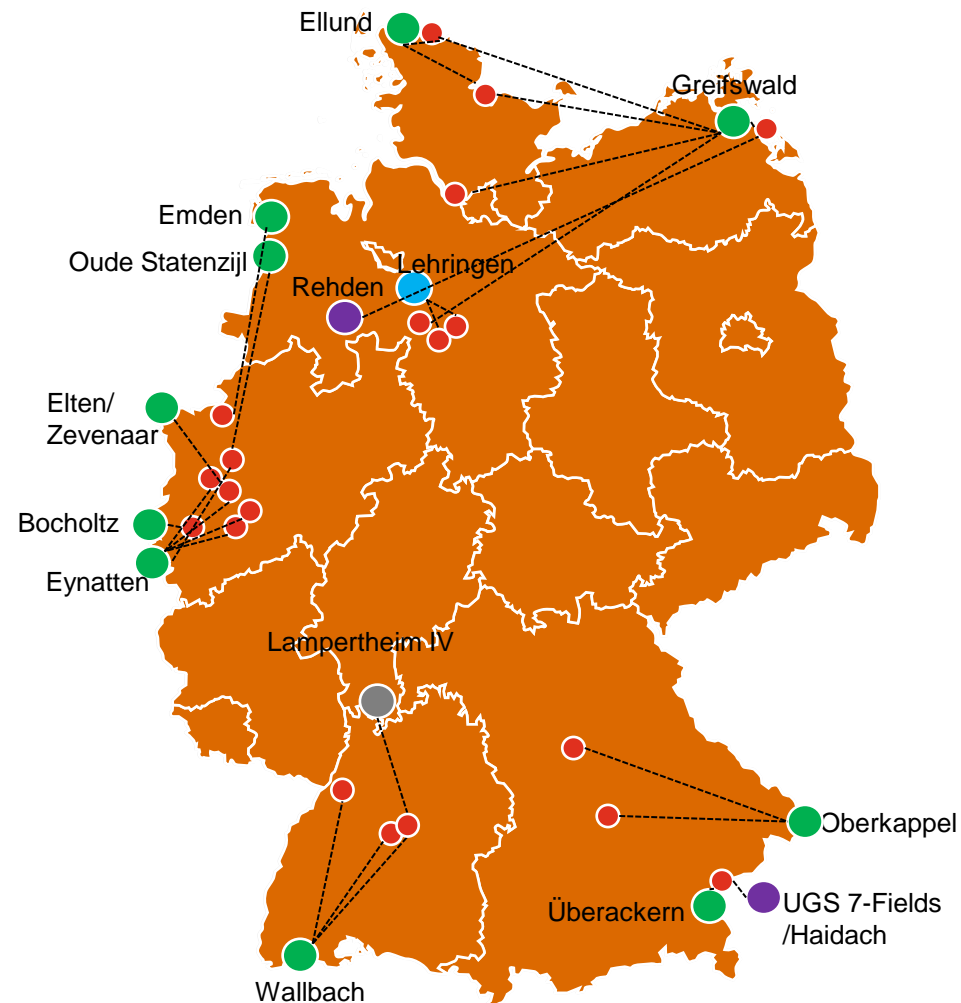
# ***Welche Kraftwerke kommen für das KWP in Frage?***

## **Analysierte Kraftwerke**

- 16 Neubaukraftwerke
- 4 systemrelevante Bestandskraftwerke
- Vollständige Auflistung der vom KWP betroffenen Kraftwerksprojekte:  
NEP- Konsultationsentwurf  
(Seite 17, Tabelle 9)

### Legende

- Grenzübergangspunkt
- Produktionsanlage
- Speicher
- Marktgebietsübergangspunkt
- Kraftwerk



## ***Der Netzentwicklungsplan und die Kosten-Nutzen-Analyse beruhen auf den gleichen Annahmen***

### **Prämissen (Rahmenparameter)**

- Die Analyse basiert insbesondere auf den Rahmenparametern aus dem Szenariorahmen 2013 und den Energieszenarien 2011.

Zentrale Rahmenparameter:

- Jahrespreise (BAFA-Preis, Quelle Energieszenarien 2011)
- Volllaststunden für Gaskraftwerke\* (Quelle Energieszenarien 2011)

\*Interpoliert auf Basis der Jahreszahlen 2015, 2020, 2025 aus den Energieszenarien 2011

## ***Zentrale Annahmen für die Bewertung des Kraftwerksproduktes***

### **Prämissen (Modell)**

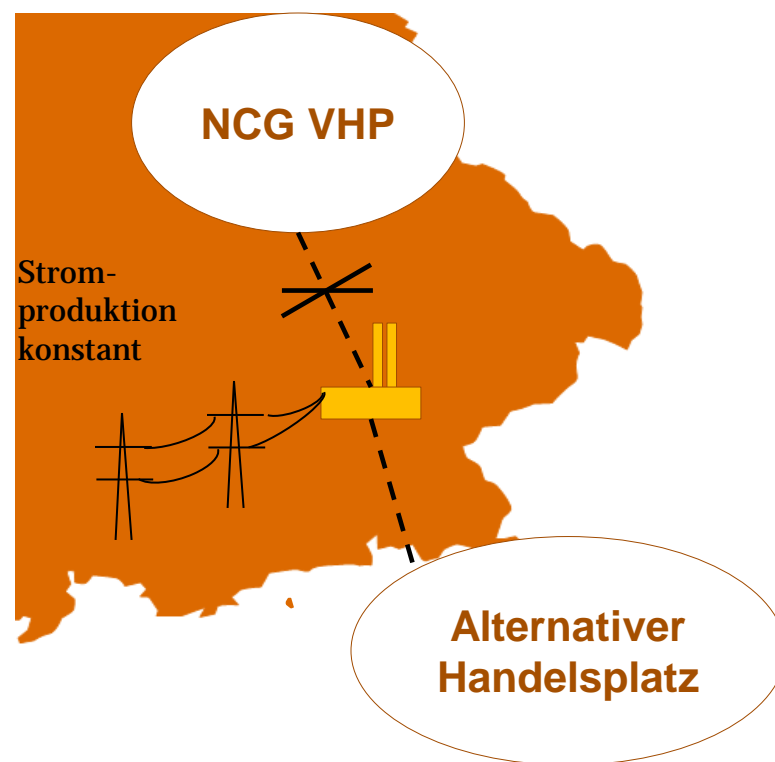
- Betrachtungszeitraum ist beschränkt auf exemplarische Kalenderjahre 2018 und 2023.
- Ausgestaltung des KWP erlaubt den rechtzeitigen Alternativbezug:
  - (Re-)Nominierungsfristen an analysierten Gashubs werden eingehalten.
  - Fristen an der Prisma Primary und den Netzknoten werden eingehalten.
  - Im Engpassfall werden durch die Fernleitungsnetzbetreiber Kapazitäten zum alternativen Bezugspunkt in ausreichendem Maße bereitgestellt.

## ***In der Analyse wird die Stromproduktion der betrachteten Kraftwerke konstant gehalten***

### **Überblick**

- Die unterbrechungsfreie Weiterversorgung mit Brennstoff wird durch die Zuordnung zu einem alternativen Entry sichergestellt.
- Anzahl der Volllaststunden unabhängig von der Ausübung des KWP:
  - Die Entscheidung zur Stromproduktion wird durch das KWP in der Analyse nicht beeinflusst.

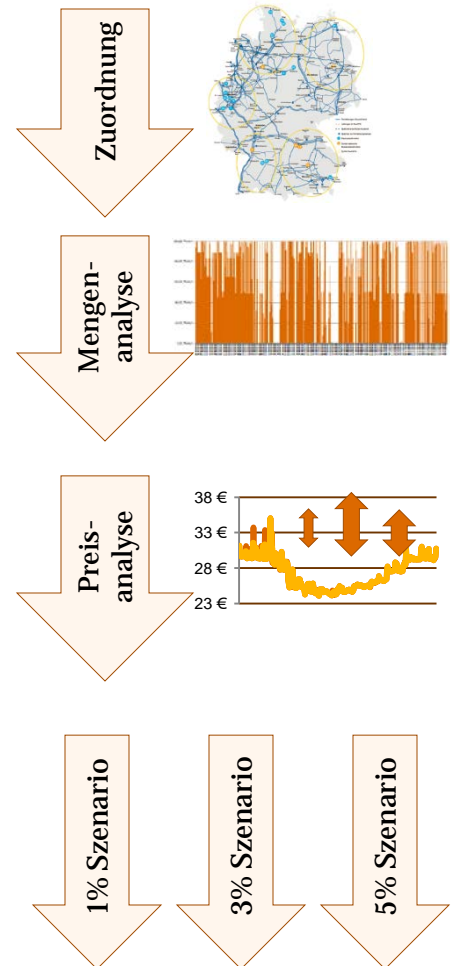
### **Beispiel für eine alternative Zuordnung**



## ***Die Kosten des Kraftwerksproduktes ergeben sich aus der Absicherung der festen Versorgung***

Inputparameter für die Jahre 2018 und 2023

- Zuordnung zu alternativen Entries
- Anschlusskapazität der betrachteten Kraftwerke
- Annahmen zu den Kapazitätskosten



**Kosten** in den Jahren 2018 und 2023

=

Bewertung des Bezugs der Kraftwerke unter  
Berücksichtigung des KWP

./.

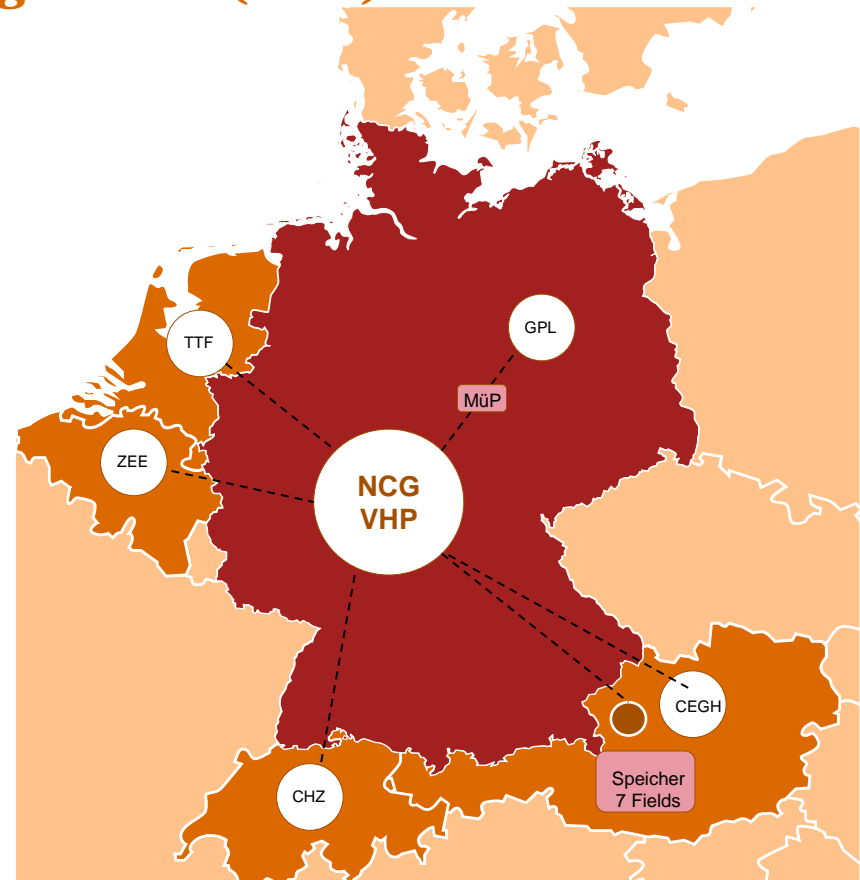
Bewertung des Bezugs der Kraftwerke ohne  
Berücksichtigung des KWP

## ***Im Fall der alternativen Zuordnung erhöhen sich die Kosten für den Gasbezug***

### **Spannbreite der erhöhten Gasbezugskosten (NCG)**

Hubs/ Speicher	Relativ zu NCG
TTF	6- 33%
ZEE	
CEGH	
Flansch CHZ	
MÜP	
Sp. 7 Fields	

Bei der Anbindung an alternative Gashubs ist ein Flexibilitätsaufschlag für die sofortige Bereitstellung des Gases enthalten.



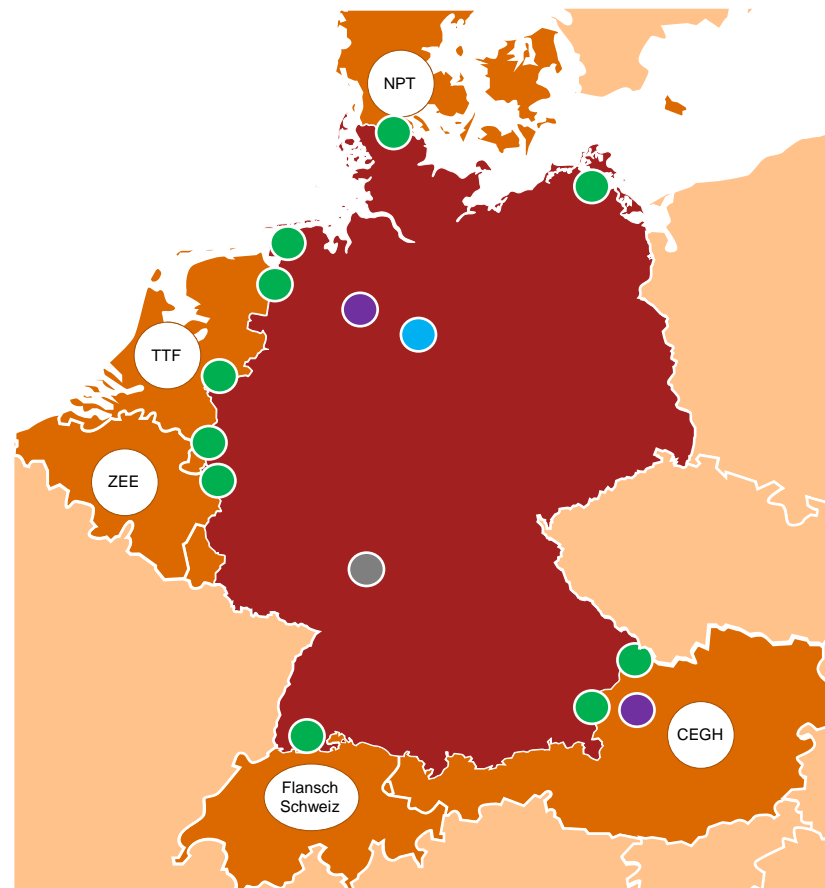


## ***Zusätzlich anfallende Kapazitätskosten müssen in der Analyse des KWP berücksichtigt werden***

- Das Niveau der Kapazitätskosten ist abhängig von der speziellen Ausgestaltung des Produkts.
- Die Ausgestaltung der zu buchenden Kapazitäten kann unterschiedlich gehandhabt werden.
- Der Anteil der Kapazitätskosten liegt im 5%-Fall bei ca. 14%.

### Legende

- Grenzübergangspunkt
- Produktionsanlage
- Speicher
- Marktübergangspunkt



## Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Analyse für das Jahr 2018

### Kosten des KWP



### Die spezifischen Kosten betragen im Mittel\*:

- 1 % Szenario: 0,16 Mio. €/GW
- 3 % Szenario: 0,40 Mio. €/GW
- 5 % Szenario: 0,61 Mio. €/GW

\* Anschlussleistung von 27 GW

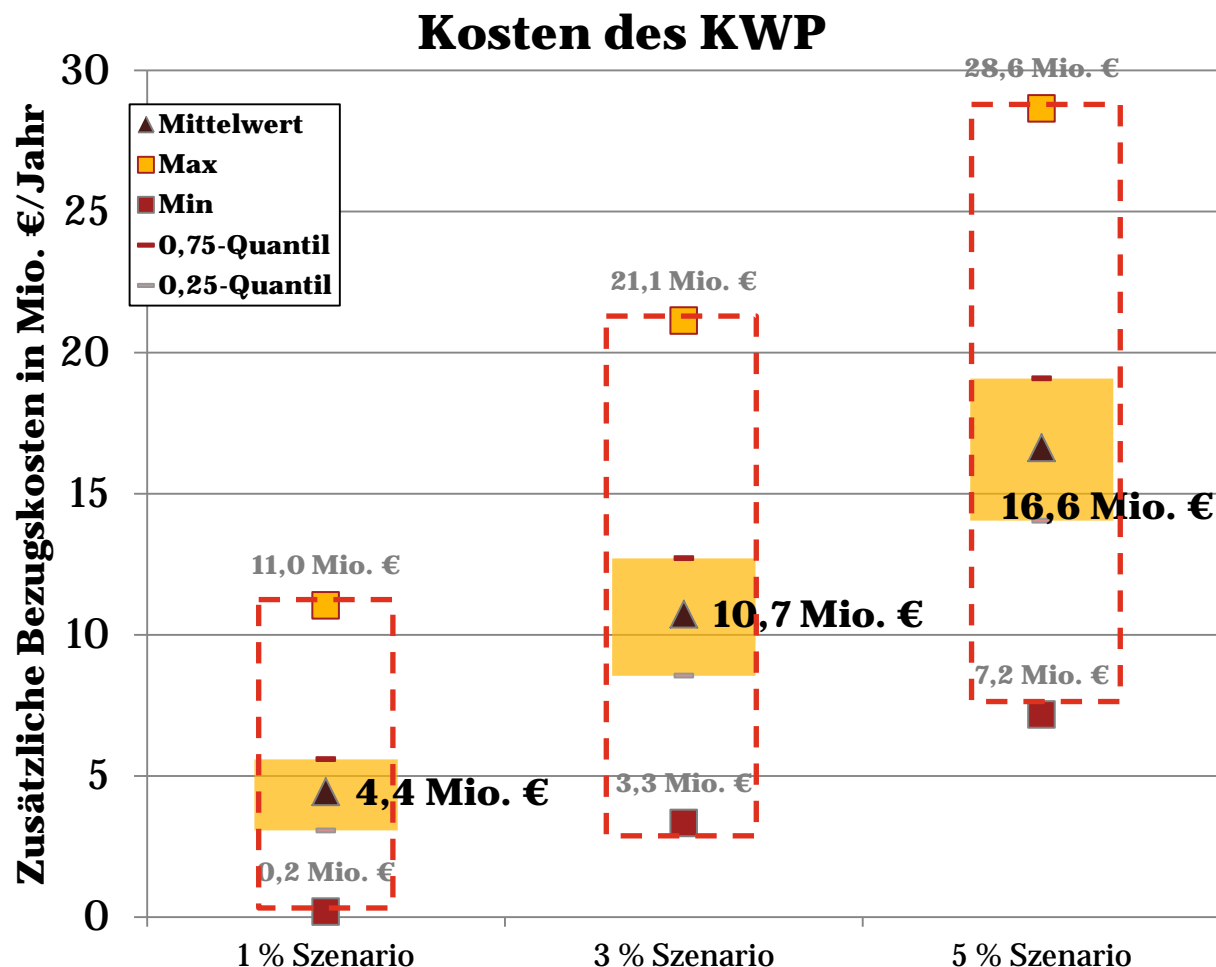
### Nutzen des KWP:

ø Mehrkosten p.a. bei Ausbauvariante IIa ggü. IIc in den ersten 10 Jahren:

- ca. 173,10 Mio. €/Jahr \*\*

(\*\*Quelle: Fernleitungsnetzbetreiber)

## Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Analyse für das Jahr 2023



### Die spezifischen Kosten betragen im Mittel\*:

- 1 % Szenario: 0,17 Mio. €/GW
- 3 % Szenario: 0,40 Mio. €/GW
- 5 % Szenario: 0,62 Mio. €/GW

\* Anschlussleistung von 27 GW

### Nutzen des KWP:

ø Mehrkosten p.a. bei Ausbauvariante IIa ggü. IIc in den ersten 10 Jahren:

- ca. 173,10 Mio. €/Jahr \*\*

(\*\*Quelle: Fernleitungsnetzbetreiber)

# ***Kostenabschätzung gemäß Tenor 2 (Kapazitätsreduzierende Maßnahmen auf der Verteilnetzebene)***

# 4

## ***Welche Kosten entstehen durch die Nutzung kapazitätsmindernder Instrumente im Verteilnetz?***

- Die FNB haben im letzten Jahr bei ihren nachgelagerten Verteilnetzbetreibern eine Datenerhebung zu kapazitätsmindernden Instrumenten im Verteilnetz durchgeführt.
- Auf Basis der dabei erhobenen Daten (vgl. NEP Gas 2013 v. 18.02.13, S. 91) zeigt sich, dass die vorhandenen Untergrund-, Kugel- und Röhrenspeicher sowie Um/Abschaltverträge das größte Potential zur Kapazitätsminderung bieten.
- Für diese identifizierten Maßnahmen erfolgt eine indikative Abschätzung der auf Ebene der Verteilnetze entstehenden Kosten. Der Fokus liegt dabei auf der Abschätzung der Kosten, die bei der Nutzung des bereits vorhandenen Potentials entstehen.
- Es ist darauf hinzuweisen, dass gesetzliche und/oder regulatorische Rahmenbedingungen vielfach nicht bestehen, um die kapazitätsmindernden Instrumente im Verteilnetz effektiv nutzen zu können.

## ***Kostenschätzung für Untersgrundspeicher erfolgt auf Basis veröffentlichter Speicherentgelte***

- Ausgangspunkt sind aktuell veröffentlichte Entgelte von verschiedenen Speicherprodukten von diversen Betreibern von Untersgrundspeichern.
- Diese werden auf Basis der Annahme einer wettbewerblichen bzw. kostenorientierten Entgeltbildung für die Ableitung der Kosten eines Untersgrundspeichers herangezogen.
- Kosten für die Vorhaltung des Gases werden vernachlässigt, da diese aufgrund des Preisspreads (Annahme: Einspeicherung im Sommer, Ausspeicherung im Winter) kompensiert werden können.
- Netzentgelte werden nicht einbezogen.
- Anhand von zwei unterschiedlichen Betrachtungsvarianten werden mit Hilfe einer Regression die gewonnenen Erkenntnisse auf die von den VNB gemeldeten Speicher übertragen.

## ***Zwei Betrachtungsweisen sichern Plausibilität der Kostenabschätzung für Unterspeicher***

### **Betrachtungsvariante 1**

- Entgelte werden auf die Ausspeicherdauer bezogen, um eine Vergleichbarkeit der Speicherprodukte herzustellen.
- Übertragen auf die von den VNB gemeldeten Unterspeicher ergeben sich durchschnittliche Kosten von 9,81 €/kWh/h/a\*.
- keine Skaleneffekte erkennbar

### **Betrachtungsvariante 2**

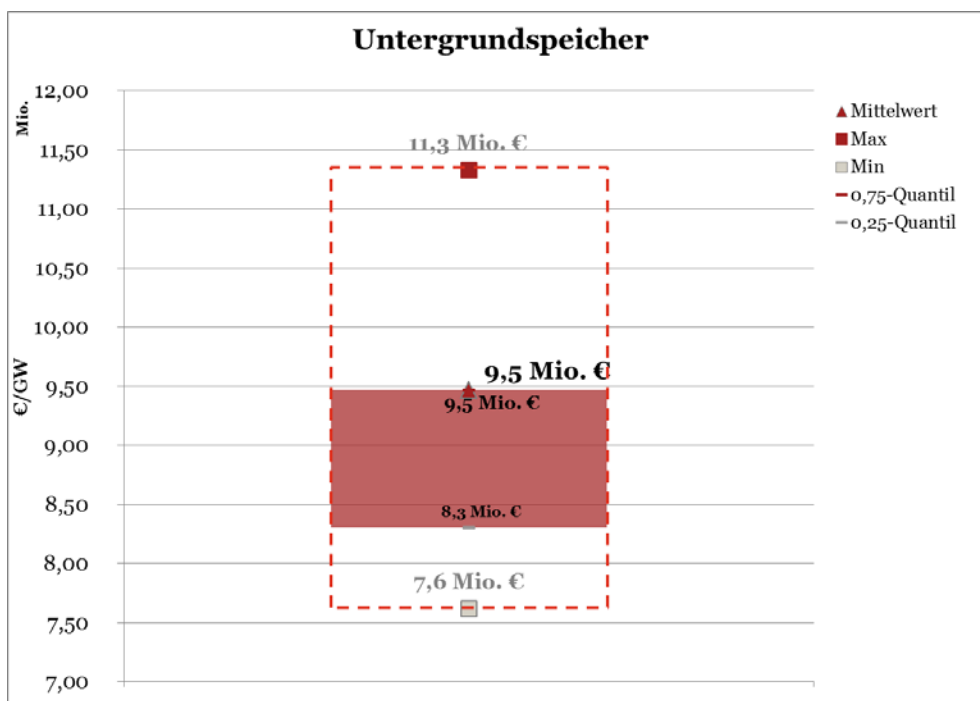
- Entgelte werden auf das Arbeitsgasvolumen bezogen, um die Ergebnisse der Betrachtungsvariante 1 zu plausibilisieren.
- Übertragen auf die von den VNB gemeldeten Unterspeicher ergeben sich durchschnittliche Kosten von 9,12 €/kWh/h/a\*.
- keine Skaleneffekte erkennbar

**Ergebnis: 9,50 €/kWh/h/a\***

**9,5 Mio. €/GW\***

## ***Kosten für Unterspeicher betragen im Durchschnitt 9,5 Mio. €/GW pro Jahr***

- Die jährlichen Kosten des durchschnittlichen Unterspeicher im Verteilnetz liegen bei 9,5 Mio. €/GW\*.
- Die mittleren 50 Prozent der von den VNB gemeldeten Unterspeicher kosten gemäß der Regressionsfunktionen zwischen 8,3 und 9,5 Mio. €/GW\*.



\* Sollten im Verlauf der Konsultationsphase weitere Erkenntnisse gewonnen werden, kann sich dieser Wert ggf. noch verändern.

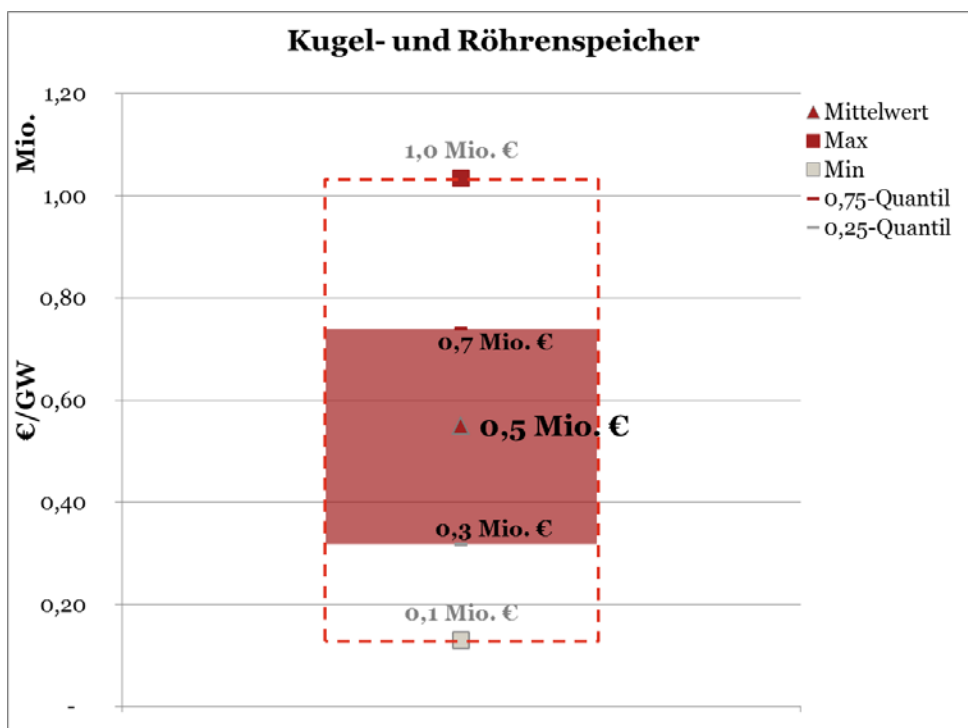


## ***Kosten für Kugel- und Röhrenspeicher wurden direkt bei ausgewählten VNBs und EVUs erhoben***

- Zur Abschätzung der Kosten wurde Daten bei Netzbetreibern bzw. EVUs abgefragt, die einen Kugel- und/oder Röhrenspeicher betreiben, durchgeführt. Die Ausspeicherdauer liegt im Durchschnitt bei 10 Stunden.
- Dabei zeigt sich, dass diese Speicher in der Regel bereits abgeschrieben sind. Es verbleiben Betriebs-, Reparatur- und Prüfkosten. Netzentgelte werden nicht einbezogen.
- Die Betriebskosten sind bei Röhren- und Kugelspeichern vergleichbar und werden in Bezug auf die Ausspeicherleistung des Speichers gesetzt.
- Im Durchschnitt zeigen sich jährliche Betriebskosten von 0,55 €/kWh/h\* bzw. 0,5 Mio. €/GW\* (aktuelle Preise).
- Einen deutlichen kostentreibenden Effekt hätte die Berücksichtigung von Kapitalkosten für (nicht abgeschriebene) Speicher.

\* Sollten im Verlauf der Konsultationsphase weitere Erkenntnisse gewonnen werden, kann sich dieser Wert ggf. noch verändern.

## ***Kosten für Kugel- und Röhrenspeicher betragen im Durchschnitt 0,5 Mio. €/GW pro Jahr***



\* Sollten im Verlauf der Konsultationsphase weitere Erkenntnisse gewonnen werden, kann sich dieser Wert ggf. noch verändern.

- Die durchschnittlichen jährlichen (Betriebs-)Kosten für Kugel- und Röhrenspeicher liegen bei 0,5 Mio. €/GW\*.
- Die mittleren 50 Prozent der abgefragten Kugel- und Röhrenspeicher haben Betriebskosten zwischen 0,3 und 0,7 Mio. €/GW\*.

## ***Kostenschätzung für bivalente Anlagen als Indikator für Kosten der Um/Abschaltverträge***

- Der bisherige Datenrücklauf ist noch nicht zufriedenstellend. Die nachfolgende Betrachtung muss daher noch abgesichert werden.
- Für eine typische bivalente Anlage werden die (zusätzlichen) Kosten für den bivalenten Betrieb ermittelt, um die Kosten der Um/Abschaltverträge abzuschätzen.
- Die Kosten resultieren dabei insbesondere aus den Kosten für die Vorhaltung des Ersatzbrennstoffs, typischerweise Heizöl. Vorläufig lassen sich aktuelle Kosten von ca. 10 €/kW\* abschaltbarer Leistung ableiten.
- Das Ergebnis kann mithilfe der von der Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg (LRegB) veröffentlichten „gesonderten Netznutzungsentgelte für unterbrechbare Gasnetzanschlussverträge“ abgesichert werden.

\* Sollten im Verlauf der Konsultationsphase weitere Erkenntnisse gewonnen werden, kann sich dieser Wert ggf. noch verändern.

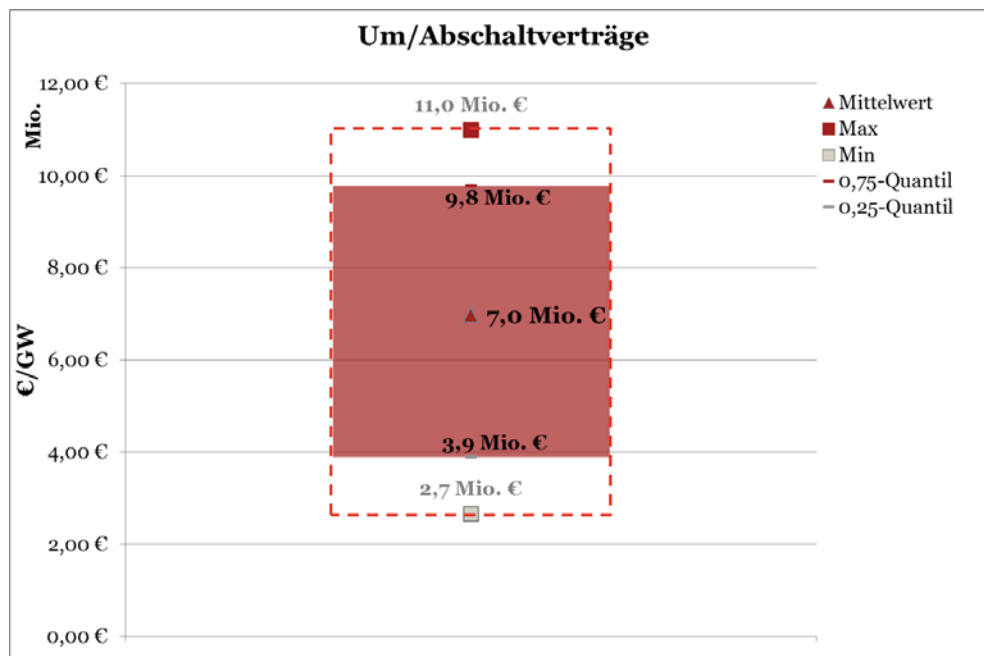
## ***LRegB Baden-Württemberg legt Vorgaben für die zulässigen Nachlässe und Abschaltdauern fest***

- Der Nachlass richtet sich gemäß Vorgehen der LRegB ausgehend vom Leistungspreis laut Preisblatt nach der vereinbarten Dauer der Abschaltung (z.B. 80 % bei einer Abschaltbereitschaft von 240h/a).
- Nachlässe können nur ab einem abschaltbaren Leistungsumfang von 250 kW bewilligt werden.
- Die zugrundeliegenden Verträge sind der LRegB zur Genehmigung vorzulegen und werden nach Genehmigung veröffentlicht. Dabei wird auch der vereinbarte abschaltbare Leistungsumfang bekannt gemacht.
- Auf dieser Grundlage werden über das veröffentlichte Preisblatt des VNB unter der Annahme, dass die vereinbarte abschaltbare Leistung a) die gesamte bzw. b) 50 % der Jahreshöchstleistung des Letztverbrauchers darstellt, die gewährten Nachlässe je kW berechnet.
- Demzufolge bieten aus Kundensicht Nachlässe zwischen 2,67 und 11 €/kW\* einen ausreichenden Anreiz, um einen abschaltbaren Vertrag einzugehen.

\* Sollten im Verlauf der Konsultationsphase weitere Erkenntnisse gewonnen werden, kann sich dieser Wert ggf. noch verändern.

## ***Im Durchschnitt wird in Baden-Württemberg ein jährlicher Nachlass von ca. 7 Mio. €/GW gewährt***

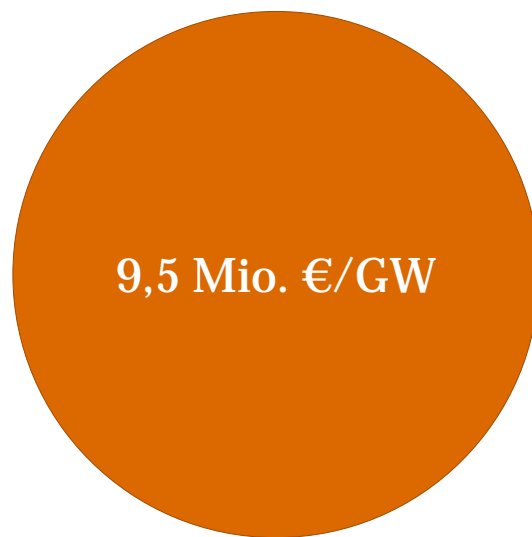
- Der durchschnittlich gewährte Rabatt liegt bei den aktuell in Baden-Württemberg öffentlich gemachten Abschaltverträgen bei etwa 7 Mio. €/GW\*.
- Die mittleren 50 Prozent der Rabatte liegen zwischen 3,9 und 9,8 Mio. €/GW\*.



\* Sollten im Verlauf der Konsultationsphase weitere Erkenntnisse gewonnen werden, kann sich dieser Wert ggf. noch verändern.

## ***Von den untersuchten Maßnahmen im Verteilnetz sind Kugel- und Röhrenspeicher am günstigsten***

- Die für die identifizierten Maßnahmen erfolgte Kostenabschätzung ergibt zusammengefasst folgende durchschnittlichen Kosten pro Jahr:



Untergrundspeicher



Kugel- und  
Röhrenspeicher



Um/Abschaltverträge

\* Sollten im Verlauf der Konsultationsphase weitere Erkenntnisse gewonnen werden, kann sich dieser Wert ggf. noch verändern.

# ***Ihre Ansprechpartner***



***Klaus Gerdes***  
Partner



***Dr. Volker Breisig***  
Partner



***Jan-Frederik Zöckler***  
Senior Manager



***Nicolas Deutsch***  
Manager



***Andre Schnelte***  
Manager



***Bernd Odenthal***  
Senior Consultant

**Kontakt: 0211 / 981 4411**

---

# ***Disclaimer***

## ***Wichtige Mitteilung an jeden nicht berechtigten Empfänger dieses Berichtes***

- Jeder Empfänger, der nicht Adressat dieses Berichtes ist oder sich nicht mit den Bedingungen eines Release Letters von PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („PwC“) schriftlich einverstanden erklärt hat, ist nicht berechtigt, sich von diesem Bericht und dessen Inhalt Kenntnis zu verschaffen.
- Jeden dieser nicht berechtigten Empfänger möchten wir auf Folgendes hinweisen:

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist einem nicht berechtigten Empfänger in Bezug auf den Bericht in keinerlei Weise verpflichtet oder verantwortlich. Wir übernehmen keine Haftung für Schäden, die ein nicht berechtigter Empfänger im Vertrauen auf unseren Bericht erleidet, es sei denn, der nicht berechnigte Empfänger akzeptiert die Bedingungen, unter denen wir uns für den Bericht verantwortlich zeigen, indem er uns einen unterzeichneten Release Letter zusendet.

## ***Important Message to Any Person Not Authorized to Have Access to This Report***

- Any person who is not an addressee of this report or who has not signed and returned to PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft a Release Letter is not authorized to have access to this report.
- With regard to any unauthorized recipient as defined above we would like to point out the following:
- PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft neither owes nor accepts any duty or responsibility to the unauthorized recipient. We shall not be liable in respect of any loss, damage or expense of whatsoever nature which is caused by any use the unauthorized recipient may choose to make of this report, or which is otherwise a result of gaining access to the report by the unauthorized reader unless the reader accepts our terms and conditions by signing and returning to us a Release Letter.



# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für

### Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

#### 1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

#### 2. Umfang und Ausführung des Auftrages

- (1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.
- (3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.
- (4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

#### 3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

#### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

#### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

#### 6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

#### 7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.  
Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

#### 8. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

#### 9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall  
Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

#### (3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

#### 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

- (1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.
- (2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.
- (3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

#### 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.
- (2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.
- (3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:
  - a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
  - b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
  - c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
  - d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
  - e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

- (4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.
- (5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für
  - a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
  - b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
  - c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

#### 12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.
- (3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

#### 13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

#### 14. Vergütung

- (1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagensersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.
- (2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagensersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

#### 15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

- (1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.
- (2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Umschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

#### 16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.